

Direktkandidatin für Hildesheim

Rita Krüger von den Linken: Höhere Steuern für Reiche, um Corona-Schulden zu tilgen

Hildesheim - Als Direktkandidatin der Linken kämpft Rita Krüger (69) zum ersten Mal für ihren Einzug in den Bundestag. Das Thema soziale Gerechtigkeit liegt der Sozialpädagogin aus Hildesheim besonders am Herzen.

- von [Marita Zimmerhof](#)
- Veröffentlicht am: 19. Sep 2021 - 20:00 Uhr



Rita Krüger will sich im Bundestag auch für die Menschen einsetzen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Dafür kandidiert sie für ihre Partei Die Linke als Direktkandidatin. Foto: Julia Moras

Hildesheim - Als Direktkandidatin der Linken kämpft Rita Krüger (69) zum ersten Mal für ihren Einzug in den Bundestag. Das Thema soziale Gerechtigkeit liegt der Sozialpädagogin aus Hildesheim besonders am Herzen.

Die SPD druckst immer noch herum, wenn es um eine klare Koalitionsaussage mit der Linken geht, das konservative Lager baut

Ihre Partei als regelrechtes Schreckgespenst auf. Mal ehrlich, Frau Krüger, wie viel SED steckt denn heute noch in der Linken?

Also ich bin fest überzeugt, dass das nicht mehr der Rede wert ist. Die Linke im Osten hat eine ganz andere Sozialisation als die im Westen. Im Osten war die Partei staatstragend, gehörte zum Alltag. Aber die Menschen hatten Arbeit, Wohnungen, waren viel angepasster und eigentlich ganz brav. Wir im Westen waren ständig auf der Straße, haben gegen Vietnam, gegen Atomkraftwerke, gegen Aufrüstung, für die Friedensbewegung demonstriert. Heute haben sich die Menschen in Ost und West sehr weit angenähert, das ist eigentlich kein Thema mehr.

Dennoch hat Die Linke ein Problem: Fast die Hälfte Ihrer Mitglieder ist über 60 Jahre alt, ein Viertel bereits über 70 Jahre und deutlich darüber.

Richtig, gerade im Osten gibt es viele Ältere. Aber wir haben auch und gerade jetzt im Wahlkampf wieder viele junge Leute zwischen 25 und 35 Jahre neu hinzu gewonnen, auch hier in Hildesheim. Die Hälfte ist unter 30 Jahre. Allerdings gibt es bei uns einen Wermutstropfen: Bei den Mitgliedsbeiträgen ist die Partei ganz streng. Wer nicht binnen sechs Wochen zahlt, fliegt raus. Da sind andere Parteien, so weit ich weiß, weit weniger rigoros.

Sie kandidieren zum ersten Mal für den Bundestag. Womit wollen Sie die Wähler überzeugen?

Mit dem, was auch auf unseren Plakaten zu lesen ist: Wir setzen uns ein für soziale Sicherheit und für Frieden. Für eine Gesellschaft ohne Hartz IV, ohne Geringverdiener, die von ihrem Erarbeiteten nicht leben können. Wer aus gesundheitlichen oder anderen Gründen nicht arbeiten kann, muss eine Grundsicherung bekommen, denn Hartz IV ist nicht auskömmlich. Aber wir sind auch gegen Zwangsarbeit. Was brächte es denn, Menschen zu zwingen, beispielsweise in der Pflege zu arbeiten, wenn sie das gar nicht wollen?

Aber gerade in der Pflege fehlen jede Menge Beschäftigte. Wie wollen Sie dieses Problem lösen?

Das ist ein ganz wichtiger Punkt, wo endlich gehandelt werden muss. Viele Interessierte werden durch die Darstellung dieses Berufs in der Öffentlichkeit abgeschreckt. Die Beschäftigten in der Pflege müssen mehr Geld verdienen, ihre Arbeitsbedingungen müssen verlässlicher sein. Es gibt extrem viele Aussteiger, die nach ein paar Jahren sagen „ich kann nicht mehr“ und sogar schlechter bezahlte Arbeit annehmen, weil sie körperliche und psychische Beschwerden bekommen haben. Wer weiß denn, dass zwei Drittel der Heimbewohner, die an Corona gestorben sind, in den Heimen und gar nicht im Krankenhaus gestorben sind? Eine enorme

Belastung für die Beschäftigten dort. Deshalb fordern wir 500 Euro Gehalt mehr für alle, klare Arbeitszeiten und Schichten einschließlich fester Pausen. Es geht einfach nicht, dass eine Kraft in der Nachtschicht eine ganze Station allein betreuen muss. Wir müssen uns aber auch dringend um die pflegenden Angehörigen kümmern, die von der Politik leider vergessen worden sind. Auch sie brauchen dringend Entlastung, finanzielle Absicherung, Urlaub. Zu 70 Prozent sind es Frauen, die für die Pflege ihrer Angehörigen aus ihrem Beruf herausgehen und für ihren Einsatz nicht einmal Rentenpunkte bekommen.

Lesen Sie auch: [So schlugen sich die Hildesheimer Bundestagskandidaten beim HAZ-Forum](#)

Sie sprechen immer wieder von Grundsicherung. Wie hoch sollte die Ihrer Meinung nach sein?

1200 Euro im Monat. Aber genau so wichtig ist die Abschaffung von Hartz IV, die Abschaffung der Sanktionen. Hartz IV ist nicht auskömmlich. Es soll jedes Jahr eine Anpassung an die Preisentwicklung geben. In diesem Jahr sind es drei Euro. Drei Euro! Dabei sind innerhalb eines Jahres die Preise für Heizöl und Kraftstoff um 29 Prozent, für Strom um 5, Kleidung um 5, Nahrungsmittel um 4 Prozent gestiegen. Und die Inflation lässt die Preise weiter steigen. Hartz IV wird im Portemonnaie immer weniger. Wir brauchen eine Mindestsicherung für Kinder. Und wir brauchen außerdem einen Mindestlohn von 13 Euro.

Gerade erhöht der Gesetzgeber die Regelaltersgrenze für Rente schrittweise auf 67 Jahre, Arbeitgeberverbände bringen bereits 68 Jahre in die Diskussion. Was halten Sie davon? Sie sind mit 69 Jahren ja auch immer noch in einer Arztpraxis berufstätig.

Die Erhöhung der Altersgrenze ist doch nichts anderes als eine verkappte Rentenkürzung. Nehmen Sie Bauarbeiter, Krankenschwestern, Kassiererinnen im Supermarkt: Die schaffen das doch jetzt schon nicht mehr. Niemand sollte länger arbeiten als bis 65 Jahre, wenn er das nicht ausdrücklich will. Und wenn jemand krank ist und nicht mehr kann, sollte er bei vollen Bezügen auch früher in Rente gehen können.

Klingt gut. Aber wie wollen Sie das alles finanzieren?

Bei dieser Bundestagswahl entscheidet sich, wer die Kosten der Corona-Krise wirklich zahlt. Der Staat kann entweder sparen, also Ausgaben senken und damit bestimmte,

auch soziale Leistungen abschaffen – oder seine Einnahmen erhöhen. Viele Privatvermögen sind während der Pandemie weiter gewachsen. Deshalb schlagen wir eine einmalige Vermögensabgabe vor, die innerhalb von 20 Jahren 310 Milliarden Euro in den Staatshaushalt spült, aber weniger als ein Prozent der Bevölkerung betreffen soll. Es ist Zeit, dass auch die Milliardäre Verantwortung für eine soziale Gesellschaft übernehmen.

Müssen mit Ihnen Besserverdienende nun um ihre Ersparnisse bangen?

Die ersten 2 Millionen vom Privatvermögen wären nicht betroffen, vom Betriebsvermögen die ersten 5 Millionen. Die Abgabe wäre über einen Zeitraum von 20 Jahren zu zahlen. Nach beiden Weltkriegen gab es diese einmalige Vermögensabgabe auch. Bei Adenauer im Rahmen eines Lastenausgleichs.

Dazu fordern Sie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ...

Der Freibetrag läge bei 1 Million Euro, Steuerpflichtig wäre ausschließlich Privatvermögen.

... und eine Erhöhung der Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Die betrifft nur große Erbschaften. 10 Prozent der Bevölkerung gehören zwei Drittel des gesamten Vermögens, während die ärmsten 50 Prozent nicht einmal über 2 Prozent verfügen. 2020 wurden 2,6 Billionen Euro Werte vererbt. Der Spitzensteuersatz für Erbschaften soll 60 Prozent betragen, der Freibetrag jedes Begünstigten 150 000 Euro. Das jeweilige durchschnittliche Wohneigentum wird nicht besteuert.

Wahlen in der Region Hildesheim – [alle Infos auf einen Blick](#)

Ihre Einkommenssteuer-Reform würde bereits viele gut Qualifizierte, viele Leistungsträger treffen.

Man kann sicherlich lange darüber diskutieren, was „qualifizierte Leistung“ ist. Der Spitzensteuersatz soll ab einem Einkommen von 70 000 netto pro Jahr auf 53 Prozent steigen. Derzeit gilt er bereits bei 58 596 Euro und trifft damit auch mittlere Einkommen. Für Einkommen über 278 000 Euro läge der Steuersatz bei 60 Prozent, und bei 75 Prozent für Einkommen über eine Million im Jahr. In Deutschland gibt es fast 25 000 Menschen, die mindestens eine Million pro Jahr verdienen. Die Zahl dieser Einkommensmillionäre ist seit der Finanzkrise um die Hälfte gestiegen. Sie müssen an der Finanzierung beteiligt werden.

Zu einem anderen Knackpunkt: Wenn Die Linke die Auflösung der Nato und ein Ende der Bundeswehreinräte fordert, machen Sie sich dann die Welt nicht so, wie sie Ihnen gefällt?

Nach der Auflösung des Warschauer Pakts war auch die Auflösung der Nato zugesagt worden. Damals hätte man ein neues Sicherheitsbündnis schließen müssen, um die Kriegsgefahr zu bannen. Am Beispiel Afghanistan sieht man doch, dass man ein Land nicht mit Waffengewalt befrieden kann und der Export von Demokratie nicht funktioniert hat. Es wurde zu wenig Rücksicht genommen auf die Bedürfnisse der Menschen dort, daraus muss man Lehren ziehen. Kriege töten Menschen, zerstören Länder, vernichten Umwelt.

Sie meinen: Krieg als Klimakiller?

Genau. Kriege und die Rüstungsproduktion sind riesige Umweltverschmutzer, tauchen aber nicht einmal im Pariser Klimaabkommen auf. Der Leopard II etwa verbraucht 414 Liter Treibstoff auf 100 Kilometer, dazu kommen die Belastungen durch Kampfflugzeuge, Raumfahrt.

Wo genau wollen Sie den Hebel beim Klimaschutz ansetzen?

Wir müssen beim Individualverkehr ansetzen – und das sofort. Seit der Wende sind 6000 Kilometer Schiene abgebaut worden, das müssen wir rückgängig machen, notfalls neue Trassen bauen. Ich war kürzlich in einem Dorf bei Algermissen: Dort hatte eine vierköpfige Familie vier Autos, weil es den einzelnen Personen unmöglich war, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu ihrer Arbeit, zur Schule, zum Ausbildungsplatz zu kommen. Da müssen wir dringend gegensteuern. Wir dürfen keine Flächen mehr versiegeln, und wir brauchen in den Städten wieder Platz für die Menschen, nicht für die Autos.

Zur Person

Rita Krüger(69) wuchs in Bockleben im Wendland auf. Mit 19 kam sie nach Hildesheim, besuchte die zweijährige Fachoberschule Sozialpädagogik, studierte danach Sozialpädagogik. 30 Jahre arbeitete sie im Landeskrankenhaus (heute Aneos). Mit 59 Jahren ging sie nach einer schweren Erkrankung vorzeitig in den Ruhestand, ist aber bis heute als freie Mitarbeiterin in einer Kinder- und Jugendpsychiatrischen Arztpraxis tätig. Krüger ist geschieden, hat einen erwachsenen Sohn. 2009 wurde sie Mitglied der Linken.